

tor schlimmster Art die Befreiung jedes Mieterhauses herbeizuführen suchen. Honorare von 500 Mark für einen halbtägigen Vortrag zugunsten der Aufhebung der Wohnungsmangelswirtschaft zählt man Parlamentarier ohne mit der Wimper zu zucken. Gleichzeitig schreibt man den mieterfreundlichen Abgeordneten und der Reichsregierung die anmaßendsten Drohbriefe, um sie gefügig zu machen.

Die Beratung der neuen Vorlage zwei Tage vor Ablauf der beiden Besesse bedeutet einen schamlosen Expansionsversuch gegenüber dem Reichstag und der Mieterchaft. Es soll eben um jeden Preis jede Gegenwehr der Mieter im Keime erstickt werden. Wir aber fordern, daß die Frage des Mieterhauses für die Mietermassen eine entscheidende Wahlparole bei den nächsten Wahlen werde. In der Frage der Auswucherung und Rechtsnachfolge der Mieter gehen Haus- und Großkapital Hand in Hand. Den notwendigen Ausgleich für die Mieterhöhungen verweigert man aber den wertvollen Massen mit eiserner Gewissenlosigkeit. Das Ziel des Hauskapitals ist, die Miets in den Altmwohnungen möglichst sofort auf den Stand der Rentabilitätsmiete in Neuwohnungen, d. h. auf die zweieinhalb bis dreifache Friedensmiete zu bringen, um so etwa hundert Millionen Wertzuwachs aus dem Grundbesitz herauszuschlagen. Die Behauptung Dr. Bergs, daß seine Vorlage die Grundlagen des Mieterhauses unverändert lasse, zeugt von einer bewundernswerten Kühnheit. Leider hindert mich die kurze Redezeit, die ungeheuerlichen Verschlechterungen gegenüber dem bestehenden Zustand aufzuführen. Das freie Kündigungsgesetz für die Hausbesitzer soll ihnen neue Terrormittel in die Hand geben, um die Mieter Sturmreif zu machen für eine reißlose und willkürliche Unterwerfung unter das Diktat des Hauskapitals. Es wird zu einer wahren Kündigungsgeldscheu bei den Hausbesitzern kommen, für die die Mieter die materiellen und moralischen Kosten aufzubringen haben. Die weitgehende Ausschaltung der Mietschöpfung im Vorverfahren und die Einführung der Amtsdiktatur bedeuten eine schwere Bedrohung für die Mieterchaft. Die Einpruchsfrist des Mieters gegen jede willkürliche Kündigung des Hausbesitzers beträgt nur acht Tage. Die Verkümmert dieser Frist beraubt den Mieter seines Wohnrechtes. Die abgelaufene Redezeit hindert mich, alle neuen Teufeleien gegen die Mieter im einzelnen aufzuführen. Aber dem Bürgerblut wird nichts geschenkt werden. Wir werden dafür sorgen, daß die Miets- und Wohnungsfrage in Deutschland in den Mittelpunkt der öffentlichen Erörterungen gerückt und den Hauskapitalisten und ihren Helfershelfern die Räubermaske vom Gesicht

Gegen den imperialistischen Krieg

Rundgebung der sozialistischen Studenten
Zu einer impopulanten Rundgebung gegen den imperialistischen Krieg gelangte sich, unter starker Beteiligung der Dresdener Hand- und Kopfarbeiter die vom Sozialistischen Studentenbund geleitete nach dem Künstlerhaus einberufene Protestversammlung, für die Dr. Otto Neurath, Wien, Johannes K. Beder, Berlin und ein Vertreter der Kommunistenpartei als Redner angekündigt waren. Saal und Galerien waren bis zum letzten Platz gefüllt. Eine Handvoll Nationalsozialisten, die zu dem offensichtlichsten Zweck der Provokation der Versammlung erschienen waren, mußten, nachdem sie die Aussichtslosigkeit ihres Unternehmens eingesehen hatten, unter stürmischem Gelächter und Händelklatschen der ganzen Versammlung den Saal verlassen. Als erster Redner des Abends sprach Dr. Otto Neurath, der mit der Beleuchtung der Kolonialpolitik der kapitalistischen Staaten die Gefahrenquellen eines drohenden imperialistischen Krieges aufdeckte. Mit stürmischem Beifall begrüßt sprach darauf ein Vertreter der Kommunistenpartei und gab eine lebendige Schilderung des Heldentums der chinesischen Revolutionäre. Er betonte, daß der Befreiungskampf der chinesischen Arbeiter und Bauern von größter Bedeutung für die europäische Arbeiterklasse ist. Die chinesische Revolution habe ihren besten Freund in der Sowjetmacht.

Darauf sprach für die pazifistische Frauenliga Dresdens Frau Ministerialdirektor Freund. Als Vertreter des bekannten proletarischen Dichters Joh. K. Beder sprach dann Dr. Ernst Meyer, Berlin unter größter Aufmerksamkeit der ganzen Versammlung. Genosse Meyer der oft von stürmischem Beifall unterbrochen wurde, zeigte die drohende Gefahr des Krieges auf; enthüllte die Absicht der imperialistischen Kriegstreiber und die

Mit blanker Waffe gegen Streifende

Streik in der Kölner Metallindustrie. Die Metallarbeiter verlassen nach 8 Stunden den Betrieb

Köln den 29. Juni. (Eigene Drahtmeldung.)
Am Dienstagnachmittag verließen in allen Betrieben der Metallindustrie die beschäftigten Arbeiter die Betriebe und formierten sich zu einem riesigen Demonstrationsszug, der vor das Regierungsgebäude zog, wo der Schlichtungsausschuß lagte. Die Polizei ging mit blanker Waffe vor und verhaftete mehrere Arbeiter.

Die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes beschloß am Sonntag dem 26. Juni, daß ab Montag den 27. Juni die Metallarbeiter nach 8 Stunden den Betrieb zu verlassen und den Kampf um den Achtstundentag und den vollen Lohnausgleich aufzunehmen haben. Der alte Tarif, der für die meisten Betriebe 54 Stunden vorsah, war am 24. Juni abgelaufen. Der obige Beschluß wurde einstimmig gefaßt, nachdem die Verhandlungen gescheitert waren. Der christliche Metallarbeiterverband hatte am gleichen Tage ebenfalls den Beschluß gefaßt, nach 8 Stunden den Betrieb zu verlassen und den Kampf um den vollen Lohnausgleich aufzunehmen.

Am Montag haben nun die Kölner Metallarbeiter ausnahmslos nach 8 Stunden den Betrieb verlassen. In mehreren Werken wurde gemäß dem Beschluß der Generalversammlung der Beschluß gefaßt, ab Dienstag früh in den Streik zu treten. Der Streikbeschluß wurde gefaßt in der Maschinenfabrik Humboldt u. G., Köln-Deutz, in der Schiffswerft Sahlberg, Heddenheimer Kupferwerk, ferner Rheinische Walzenmaschinenfabrik, sowie Rheinania Werke.

Außerdem legten am Dienstag sämtliche Belegschaften um 2 Uhr nachmittags die Arbeit nieder, um in einer gewaltigen Demonstration vor das Regierungsgebäude zu marschieren, wo die Verhandlungen des Schlichtungsausschusses stattfanden. Dabei ist nun die Polizei mit blanker Waffe gegen die demonstrierenden Arbeiter vorgegangen. Das Eingreifen der Polizei zeigt, wie die herrschende Gesellschaft den Staatsapparat gegen die Arbeiter wirksam werden läßt, sobald die Arbeiter ernsthaft den Kampf für ihre Lebensinteressen aufnehmen. Der Polizeinippel verteidigt auch in der demokratischen Republik die Interessen des Geldbades. Die Einleitung des Kampfes um den Achtstundentag muß für die gesamte Arbeiterchaft ein anfeuerndes Beispiel sein. Die Kölner Arbeiter müssen dafür sorgen, daß der Kampf weitergeführt wird, wie er eingeleitet wurde, trotz aller Polizeiprovokationen; sie dürfen nicht dulden, daß

Bestrebungen des neudeutschen Imperialismus, der gegen entsprechende Bezahlung und Jugenddienste seitens Frankreichs und Englands bereit ist, unter der Parole „Kampf gegen die Komintern“ in die Antisowjetfront praktisch einzuschwenken.

Genosse Meyer warnte vor der Illusion, als ob der Völkerverbund den Frieden sichern könnte und wies nach, daß nur eine geschlossene Front des internationalen Proletariats einen neuen imperialistischen Krieg und die von den Imperialisten geplante und mit allen Mitteln betriebene militärische Intervention gegen Sowjetrußland verhindern kann. Stürmischer und langanhaltender Beifall der Versammlung dankte dem Redner für seine klaren und verständlichen Ausführungen. Nach dem Schlußwort Neuraths nahm die Versammlung eine Entschloßung an, die sich gegen die Unterdrückung der Kolonialpolitik und gegen die imperialistischen Kriegsabsichten gegen Sowjetrußland wandte.

Gutsbesitzer-Subvention für die Deutschnationalen

Schwerin. In einer Wählerversammlung in Neubrandenburg wurde mitgeteilt, daß die aus einigen Dutzend Mitgliedern bestehende Vereinigung der ritterchaftlichen Großgrundbesitzer Mecklenburg-Schwerins in ihrem Etat einen Beitrag von 46 250

Mark für Subventionen an die DNVP und deren Presse und für den Landbund ausgeworfen hat. Das sind nicht die Gelder, die für den jetzt laufenden Wahlkampf direkt gegeben werden. Die Großgrundbesitzer, die dieses Geld übrig haben, zahlen selbstverständlich keinen Vermögenssteuer.

Der Mord in Arensdorf

Keine durchgreifende Untersuchung. — Die Mordhaken bleiben frei

Berlin, 29. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)
Die Untersuchung des Mörders von Arensdorf wird sehr schleppend geführt. Das Berliner Tageblatt sieht sich veranlaßt, darauf aufmerksam zu machen, daß die Einwohner des Dorfes, die über die Vorbereitung des Ueberfalls Auslagen machen können, einfach nicht vernommen werden. Die Haftbeschwerte des Mörders Schmeizer wurde zwar abgehört, beide Werwölfe aber, die den Ueberfall provoziert haben, laufen immer noch frei herum.

Berliner Blätter veröffentlichen einen Bericht über einen Besuch in Arensdorf, woraus klar ersichtlich ist, daß der Ueberfall auf die Reichsbannerleute am Sonnabend abend vorberreitet war. Bei einer Durchsuchung nach Waffen, die am Montag abend im ganzen Dorfe vorgenommen wurde, fand man nicht nur Leuchttur und Jagdgewehre, sondern auch 3 Maschinengewehre und in einem Keller am Ende des Dorfes ein Handgranatenlager. Weiterhin ist festgestellt worden, daß einige Wochen vor dem Reichsbanner-Treffen in Frankfurt Schießstände eingerichtet wurden, auf denen die Stahlhelmer und Werwölfe fleißig übten. Der Täter Schmeizer ist nicht wie die Rechtspresse zuerst behauptete, 50 Prozent kriegsbeschädigt sondern nur zwanzig Prozent erwerbsbeschränkt. Der Tod des Reichsbanner-Kameraden erfolgte durch zwei Schüsse, die als Querschläger durch die Lungen gingen, das Rückgrat durchschlugen und dann im Rücken stecken blieben.

Die Deutsche Zeitung bemerkt in ihrer morgigen Ausgabe, daß es an und für sich freudig zu begrüßen wäre, daß sich die gesamte bürgerliche Bevölkerung gegen die Ausbreitung der roten Pest tatkräftig wehrt.

Die sozialdemokratische Landtagsaktion zieht eine Interpellation ein, in der sie den Justizminister fragt, ob die Untersuchung zur Aufdeckung des Ueberfalls rücksichtslos und schleunigst durchgeführt werde und fragt an, welche Maßnahmen das Innenministerium gegen solche Fälle zu ergreifen gedenkt.

Die Kommunisten haben in dem Preussischen Landtag einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, wonach die Vorläufe in Arensdorf sofort besprochen werden sollen und in dem Weiter die sofortige Auflösung der Reichsbannerverbände gefordert wird. Der Sozialdemokrat Heilmann widersprach der Dringlichkeit des Antrages! Am Freitag wird sich Herr Geppert herbeilassen, die Interpellation der Sozialdemokraten zu beantworten.

Kommunistische Beamtenforderungen in Preußen abgelehnt

Der Preussische Landtag lehnt den kommunistischen Antrag auf rückwirkende Gehaltserhöhung ab.

Berlin, 29. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)
Der Beamtenausschuß des Preussischen Landtages erklärte gestern dem preussischen Finanzminister, Preußen würde dann eine Erhöhung der Beamtengehälter vornehmen, wenn das Reich an seine Beamten mehr zahle. Der kommunistische Antrag, der für die Beamten der Gruppen 1 bis 7 rückwirkend ab 1. Mai 1928 eine Erhöhung verlangte, wurde abgelehnt.

Keine Verhaftung Dorlots

Aufhebung der Immunität des Genossen Dorlots abgelehnt

Paris den 28. Juni
Die Immunitätskommission hat die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Genossen Dorlot mit 6 gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Diese Haltung der Kommission gegen die Regierung Poincaré und den Justizminister Béchou ist ein neuer Niederlage der Regierung. Die Lächerlichkeit, der die Regierung durch die Befreiung des Royalisten Daudet ausgekehrt wurde, folgt jetzt die Ablehnung der Auslieferung Dorlots. War schon die Möglichkeit, daß Dorlot nach seiner Rückkehr aus China in Paris vor Tausenden von Arbeitern reden konnte, eine Niederlage für den Justizminister, so bedeutet die Ablehnung der Auslieferung die zweite Auflage. Die Arbeiter von Paris stehen hinter Dorlot, sie haben erklärt, daß sie ihn aus dem Gefängnis befreien werden. Der Druck der Massen wird Dorlot und die kommunistischen Führer den Schergen Poincarés entziehen.

Was Senard erzählt

Einer der Sekretärinnen der Humantät hatte Gelegenheit, den Führer der kommunistischen Partei Frankreichs, Senard, am Tage seiner Freilassung aus dem Gefängnis zu sprechen. Senard erzählt über seine Freilassung folgendes:

„Am ein Uhr wurde mir mitgeteilt, daß der Gefängnisdirektor mich in meiner Zelle sprechen wollte. „Sie sind frei!“ rief er mir, „beilen Sie sich, Sie müssen in einer halben Stunde das Gefängnis verlassen.“ Ich fragte zunächst, ob meine Kameraden ebenfalls freigelassen würden. Als die Antwort vernennend ausfiel, protestierte ich lebhaft. Ich wollte nicht eine Begnadigung annehmen, wenn mein Genosse Komoussieu nicht ebenfalls in Freiheit gesetzt würde. Der Direktor beharrte auf seiner Mitteilung: „Ich habe Ihnen weiter nichts zu sagen,“ das war alles, was er erklärte. Ich nahm nun an, daß es sich hier nicht um irgendeine Vergünstigung für mich handelte, sondern um irgendeine juristische Maßnahme, die das Resultat unserer Bemühungen war, das Urteil gegen mich zu annullieren. Ich ging also in die Zelle Komoussieus und verabschiedete mich von ihm. Aber ich konnte den Eindruck nicht loswerden, daß meine Freilassung keine endgültige sei, und lief alles in meiner Zelle. Um 1 Uhr 25 Minuten verließ ich das Gefängnis, ohne etwas von den ganzen Vorgängen zu verstehen. Kein Mensch war vor dem Gefängnis. Jetzt weiß ich, welches Spiel man getrieben hat. Ich weiß jetzt auch, daß der Gefängnisdirektor die Stunde meiner Freilassung so wählte, daß ich mit Daudet und mit Delek nicht zusammentraf.

Die „Camelots“ haben mich nur aus dem einen Grund mit auf ihre Liste der Freigelassenen gesetzt, um dem Gefängnisdirektor Catry das Gift giftigbar zu machen und — vielleicht auch, um ihn zu bedeu, falls die Vermutung auftauchen könnte, er habe mit ihnen unter einer Decke gesteckt.“

„1928 — ein Kriegsjahr!“

Die Pläne der Imperialisten

Ein Londoner Korrespondent der B. J. am Mittag schreibt seinem Blatte:
In London finden in diesen Tagen eifrige Verhandlungen darüber statt, welche nächsten Schritte gegen den Bolschewismus ins Auge gefaßt werden sollen. In diesen Verhandlungen sind auch (nichtbeamtete) deutsche Persönlichkeiten beteiligt.

Erst sind die Pläne, mehrere Staaten zu einem Bruch mit Rußland zu bringen. Manche englischen Minister hoffen, daß auch Frankreich zu einem Bruch mit Rußland kommen wird. Die Polen haben nur dem Anschein nach die letzte russische Note nicht beantwortet. In Wahrheit haben sie durch ihren Geländevater in Moskau eine mündliche Antwort gegeben: „Der Ton der russischen Note sei ganz ungehörig gewesen, deshalb habe man lieber eine schriftliche Antwort vermieden; aber eine Wiederholung dieses Tones würde Polen zwingen, seinerseits die Beziehungen zu Rußland abzubrechen.“ Also eine recht direkte Drohung mit dem Bruch.

Ähnliche Einflüsse werden auch in den Randstaaten (besonders in Finnland, Litauen und Rumänien) zur Geltung gebracht, und vielleicht wird sich auch Ungarn anschließen.

Das Auswärtige Amt hofft, daß der eingeleitete Finanzkonflikt Rußlands die Bolschewisten zur Sizere bringen wird. Im britischen Auswärtigen Amt gibt es eine Gruppe, die über diese Minimalpolitik hinaus Verhandlungen pflegt. Sie ist geführt von Sir William Tyrrell, dem permanenten Staatssekretär des Amtes. Er ist Katholik und steht mit allen christlichen Mächten in Verbindung. Die Gerüchte über einen bevorstehenden päpstlichen Austritt gegen den Bolschewismus wollen nicht verstummen.

Sir William Tyrrell verhandelte auch mit den russischen Emigranten. Zu seinen Vertrauten gehört Poljakoff, der diplomatische Korrespondent der Times, und als Außer auch Mitarbeiter der fortnightly Review ist. Am wichtigsten von allen Emigranten ist Sablin, ein ehemaliger russischer Konsularbeamter in London.

Zu den letzten Besuchern Sir William Tyrrells gehört der deutsche Ralt-Industrielle Arnold Reckberg, der jetzt wieder in London ist. Reckberg hatte Konferenzen mit Bielefeld, Amero, Hicks, Sir Alfred Mond, die nur zum Teil geschäftlicher Natur waren. Am vergangenen Donnerstag ist er auch im Foreign Office empfangen worden, wo er mit Tyrrell eine mehr als einstündige Unterredung über die russische Frage hatte.

Alle diese Verhandlungen zeigen, daß die englische Politik gegen Rußland in beschleunigtem Tempo irgendeiner Entscheidung zutreibt, die von irgendeinem letzten Aufruf bestimmt sein wird. Diesen letzten Aufruf kann man aber bereits bezugnehmen.

In London ist man vollkommen davon unterrichtet, daß man im nächsten Frühjahr an der Nordwestgrenze Indiens mit aufständischen Stämmen zu kämpfen haben wird, und man ist darauf auch militärisch vollkommen vorbereitet. Dieser

Krieg in Indien wird hier als eine absolute Sicherheit dargestellt. Mehrere Militärs, die sich nacheinander sprachen, sagten mir übereinstimmend: 1928 wird für uns ein Kriegsjahr.“

Aber da nun die Militärs mit der russischen Frage befaßt sind, was liegt ihnen näher als gleich zu sagen: „Den indischen Aufstand werden wir niederschlagen. Aber was ist damit geschehen? Warum nicht ganze Arbeit machen und nach Meskau marschieren?“ Der vorerwähnte Poljakoff geht hier auch im Kriegministerium aus und ein.“

Die Sozialdemokratie belügt die Arbeiterchaft mit der Behauptung, die englischen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion seien bolschewistische Hirngespinnke. Stresemann will die deutsche öffentliche Meinung beruhigen mit der läugerlichen Behauptung, Chamberlain strebe keine Antisowjetfront an. Demgegenüber schildert der obige bürgerliche Bericht die Lage mit allen Konsequenzen so, wie wir sie stets dargestellt haben.

Das Attentat gegen Orlov ein Rauecht

Berlin. Wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet, wurde das Attentat auf den Vorsitzenden des Moskauer Militärgerichts von einem ehemaligen Beamten des Militärressorts aus persönlichem Rachegefühl verübt.

Stuttgarter Metallarbeiter gegen Kriegsgefahr und Klassenjustiz

Stuttgart, 29. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)
Die Generalversammlung des DMV nahm eine Entschloßung an, in der sie sich verpflichtet, alle Kräfte für die Mobilisierung der gesamten Arbeiterchaft und zum Kampfe gegen einen kommenden Krieg einzusetzen. Ferner nahm die Generalversammlung eine Resolution an, die sich gegen die Niederjustiz ausspricht.

Monarchistische Treibereien der Flüchtlinge von Doorn

Berlin. Die Welt am Abend vertritt, in den nächsten Tagen eine Reihe von Dokumenten zu veröffentlichen, die klar beweisen, daß die jetzige Frau des ehemaligen Kaisers mit Hilfe des Geheimrats Hugenberg und des Fürsten Otto zu Salm-Horstmar Pläne spinn, die dahingehen, der ehemaligen kaiserlichen Familie wieder zur Macht zu verhelfen. Unter anderem ist eine Art „Wach- und Schließgesellschaft“ ins Leben gerufen worden, die diese Pläne bei gegebener Zeit realisieren soll. Hugenberg ist Sachverständiger für alle Finanzierungsfragen und wird von den Herren der Hermine sowohl auf seinem Gut Rahlbrake und in Bad Kreuznach dauernd aufgesucht. Die Welt am Abend behauptet noch — und verpricht auch dafür urkundliche Beweise beizubringen — daß beamtete Postbeamter die Propaganda und Pläne der Monarchisten unterstützen, indem sie Empfehlungen für „vertrauenswürdige Leute“ ausgeben. Zu diesem Zwecke werden die runden Polizeistempel fleißig benutzt.